

# Die Bundestagswahl 2005

Mit einer neuen Runde des Parteienkartells  
um Machtanteile in der Deutschland AG  
näher an den gesellschaftlichen Abgrund

*Von Tristan Abromeit*

Juli 2005

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Text Nr. 35.0 /1 /2 /3/ 4

## Zusammenfassung / Thesen

1. September 2005

1. Ohne kritische Betrachtung des geschichtlichen Ablaufes im 20. Jahrhundert, ohne eine neue Bewertung der Politik Deutschlands und Gewichtung der Schuld der Deutschen ist die Krise unserer Gesellschaft nicht zu verstehen und nicht zu überwinden.

Konkret: Der erste Weltkrieg war mehr Ausdruck der ökonomischen Zwänge, als des deutschen Militarismus. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde möglich durch das ökonomische Versagen der Demokraten <sup>1</sup> und nur nachrangig durch die Überzeugungskraft der Rassisten und Antisemiten. Den zweiten Weltkrieg hätte es bei dem gegebenen ökonomischen System auch ohne Hitler gegeben.<sup>2</sup>

2. Theoretisch trägt im Modell der Demokratie die Gesamtheit der Bürgerschaft die Verantwortung dafür, was in dem betreffenden Staat geschieht. Real erlebt sich die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Politik aber als ohnmächtig. Das, was der Masse an Bürgerinnen und Bürger als politisches Mitgestaltungsrecht angeboten wird, erweist sich in der Praxis immer nur als die Wahl des kleineren Übels.

Konkret: Aus dem verfassungsrechtlichen Mitgestaltungsrecht des politischen Willens der Parteien wurde ein Monopol, ein Alleinvertretungsanspruch. Diesen Alleinvertretungsanspruch teilen sich aber nicht alle Parteien, sondern nur die, die es geschafft haben, sich zu einem Kartell zusammenzuschließen oder in Sondersituationen der gesellschaftlichen Bedrängnis sein Mitglied werden konnten.

- 
- 1 Dabei ist das durch die ideologische Befangenheit verursachte währungs- und wirtschaftspolitische Fehlverhalten der SPD dokumentiert. Es wird auch nicht dadurch aufgehoben, daß die SPD dem Ermächtigungsgesetz vom 24. 3. 1933 nicht zugestimmt hat und danach Teile Ihrer Mitgliedschaft Opfer des Naziregimes wurden. Dieser Hinweis ist kein Versuch, die SPD herabzusetzen.
  - 2 Dieser Satz ist natürlich kein Versuch, das NS-Regime zu verharmlosen. Er wendet sich vielmehr gegen die Verharmlosung der anderen Faktoren. 1. Die dem Kapitalismus immanente Sprengkraft (weder vor dem Ersten noch vor dem Zweiten Weltkrieg hatten wir ein ökonomisches System, das Frieden ermöglichte); 2. die destruktiven Wirkungen des Versailler Vertrages vom 28.6. 1919, die auch ohne Nationalsozialisten gewirkt hätten; 3. die ganze westliche Welt war aus ideologischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht auf einen Frieden ausgerichtet.

Ein parteiunabhängiger Kandidat hat so gut wie keine Chance, in den Bundestag gewählt zu werden. Aufgrund der zentralistischen Gestaltung des Bildungswesens, der sozialen Sicherungssysteme und der gesetzlichen Übernormierung aller Lebensbereiche ist das Mitspracherecht des Bürgers zur Dekoration verkommen.

3. In einer Gesellschaft können Erkenntnisse über entstehende oder vorhandene Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten nur individuell erkannt werden. Damit jene gesellschaftsrelevanten Erkenntnisse, die individuell erkannt werden, kollektiv von der Gesellschaft wahrgenommen werden können – was eine Voraussetzung ihrer Verantwortlichkeit als Gesamtheit ist –, ist eine permanente Offenheit und Zuverlässigkeit der Kommunikation mit den und durch die gesellschaftlichen Subsysteme(n) Bildung / Forschung, den Medien und der Politik / den Verfassungsorganen erforderlich. Wir haben aber in allen drei Bereichen Vermachtung und strukturelle Verwerfungen zu verzeichnen. Die Mängel im gesellschaftlichen Gesamtsystem sind also nur Ausdruck der Mängel in ihren Teilsystemen.

Konkret: Die Bedrückungen unserer Gesellschaft haben im Wesentlichen ihre Ursachen in JH ordnungspolitischen und ökonomischen Problemen, die schon lange theoretisch<sup>3</sup> als gelöst betrachtet werden können, aber nicht zur Kenntnis genommen oder nicht umgesetzt werden:

a) Die Politik ist mehr daran interessiert Fakten, die auf dem Tisch liegen, herunter zu bekommen und zu vertuschen, als sie zu bewerten und zu bearbeiten. (Ideologisierung der politischen Arbeit!)

b) Die Wissenschaft ist eher in den für die Gesellschaft nicht relevanten oder fragwürdigen Bereichen (Rüstung, Raumfahrt und Gentechnik) leistungsstark als in jenen Bereichen, die Wohlfahrt und Kultur ermöglichen, nämlich in der Entwicklung von Freiheit stiftenden Strukturen und der Ökonomie. In der Einzelbewertung werden die Wirtschaftswissenschaftler sicher gar nicht schlecht abschneiden. Da aber hier die arbeitsteilige Gesamtleistung der Ökonomen für die Politikprägung und damit für die ökonomische Gesellschaftsgestaltung auf dem Hintergrund der konkreten gesellschaftlichen (und weltweiten) Situation zu bewerten ist, kann man nach ökonomischen Kriterien nur für die Abschaffung der Volks- und

Weltwirtschaftslehre plädieren. Ebenfalls kann nur ein vernichtendes Urteil über die wirksame Gesamtleistung der speziellen Sozialwissenschaften, der Sozialpsychologie, Soziologie und Politikwissenschaft gesprochen werden, denn was wir als Lähmung der Gesellschaft und als Wahlkampf - eine Verdummung der Bürger - erleben, ist angewandte Sozialwissenschaft. Der Bürger muss dafür doppelt zahlen: einmal durch den Unterhalt dieser Wissenschaften und dann durch die über Steuern finanzierte Wahlwerbung.

c) Aus den erlebten totalitären Regierungssystemen wissen wir, wie notwendig das freie Wort, die freie Berichterstattung für die Freiheit und die Wohlfahrt einer Gesellschaft ist. Es wäre unwahr, zu behaupten, dass uns die Massenmedien keine nützlichen Informationen liefere. Schwieriger zu sagen ist es schon, was und für wen welche Informationen nützlich sind und ob diese überhaupt noch in dem Datenmüll, mit dem unsere natürliche Wissbegierde abg gespeist wird, noch zu erkennen sind. Zu beobachten ist ein enormer – sozialpsychologisch und ökonomisch begründeter – Konformitätsdruck in den Massenmedien, der schon den Charakter der Zensur vergangener deutscher Regierungsformen erreicht. Es wird nur soweit der Rahmen der Informationsfreiheit ausgenutzt, wie sie keine Entlassung provozieren, keine Auflage oder Einschaltquote mindern und keine „zuverlässigen amtlichen Quellen“ verstopfen könnte. Lieber heute eine Schweinerei nicht erwähnen oder beschönigen, als morgen vom Strom der

3 Nichts ist praktischer als eine gute Theorie: Franz Oppenheimer, Elimar Rosenbohm und allgemeine Erkenntnis.

Gerüchte und Quell-Nachrichten abgeschnitten zu sein. Es wird bald so weit sein, dass die Massenmedien nur noch die Qualität von Ergänzungsinformationen und Unterhaltung haben werden und die wesentliche Kommunikation über die Non-Profit-Medien und das Internet läuft.

4.1 In der politischen Auseinandersetzung wird oft die Soziale Marktwirtschaft beschworen. Offensichtlich hat keine der Parteien eine Vorstellung davon, was mit dem Konzept ursprünglich gemeint war. Es war eben mit ihr nicht gemeint, die Wiedereinführung oder Aufrechterhaltung des Kapitalismus mit einem Korrekturprogramm in Form eines zentralverwaltungs-wirtschaftlichen Sozialversicherungssystem zu befördern. Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft hat ihre Wurzeln in den Vorstellungen von einem freien Sozialismus oder sozialen Liberalismus. Es ging um die alte sozialistische Forderung des vollen Arbeitsertrages für die Arbeit und ihre Befreiung aus den Bedrückungen.

4.2 Der Begriff Soziale Marktwirtschaft wurde zwar von Alfred Müller-Armack geprägt, der Inhalt stammt aber von der Freiburger Schule (Ordoliberalen, Neoliberalen 1. Prägung), von den Ökonomen, die von Franz Oppenheimer geprägt wurden und von der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule.

4.3 Die Soziale Marktwirtschaft wurde aber nie ausformuliert und nie angewandt. Ihre Gegner im Nachkriegsdeutschland waren nicht nur die Sozialdemokraten, die noch im Marxismus befangen waren und sich den problematischen Teil vom Keynes noch nicht zum Programm gemacht hatten, sondern auch die große Mehrheit in der CDU/CSU und ihr politisches Umfeld und der in ihrem Fahrwasser schwimmenden FDP.

4.4 Die größte inhaltlich Dichte und Klarheit erfuhr die Soziale Marktwirtschaft auf der Bundestagung des Freiwirtschaftsbundes am 6. und 7. November 1952 in Heidelberg durch die Verabschiedung der „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung“. Es war gleichzeitig die Geburtsstunde der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft*.

Ich zitiere aus dem Buch „Das Programm der Freiheit“, Bad Nauheim, 1953:

## THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFTSORDNUNG

...<sup>4</sup>

Wir fordern deshalb:

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, ungehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu

<sup>4</sup> Der Vorspann, die Begründung und die Unterzeichner sind im Haupttext wiedergegeben.

erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen. Dazu ist erforderlich:

1. Die *Währung* der Bundesrepublik ist so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben.

2. Der *freie Leistungswettbewerb* ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; so lange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden.

3. Die *Große Steuerreform* wird organisch den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft angepaßt; sie muß neutral sein gegenüber Konjunktur und Wettbewerb, sie darf den wirtschaftlichen Ablauf nicht hemmen und muß erstreben, die Steuerpflicht mehr und mehr auf die Ergebnisse der Wirtschaft zu verlagern.

4. Die *Märkte für alle Waren und Dienstleistungen* (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Vereinbarung auf der freien Preisbildung.

5. Der *Kapitalmarkt* ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. - Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Das *Mitbestimmungsrecht* der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben findet seine Grenzen vor den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmer und darf nicht durch betriebsfremde Funktionäre ausgeübt werden.

7. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren

*Grenzen Freizügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren- und Dienstleistungen.* Die Devisenzwangswirtschaft ist zu beseitigen und der freie Handel zu verkünden. Der Wechselkurs der deutschen Währung ist so lange freizugeben, bis in internationalen Verhandlungen mit der Europäischen Zahlungsunion (EZU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) ermöglicht wird, die innere mit der äußeren Stabilität zu verbinden.

VORSTAND: ...

BEIRAT: ...

Zur Verwirklichung des Programms der Freiheit haben sich Frauen und Männer aus allen Ständen in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft zusammengeschlossen.

Besorgt sehen wir in die Zukunft, weil der totalitäre Machtanspruch der Planwirtschaftler mit unverminderter Schärfe geltend gemacht wird, während die Vertreter der freien Wettbewerbsordnung, in die Defensive gedrängt, von einem Kompromiß in den anderen schlittern und dadurch die soziale Marktwirtschaft mißkreditieren.

Der Bundesminister für Wirtschaft, *Prof. Dr. Ludwig Erhard* hat in einem Telegramm vom 23. 1. 53 die Gründungsversammlung begrüßt:

„Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.“

5.1 Den Mitgliedgliedern der Parteien und des Bundestages ist ja kein guter Wille abzusprechen. In der Politik sind aber weniger der gute Wille zu bewerten als viel mehr die Ergebnisse des guten Willens. Eigentlich könnte man annehmen, dass die Fraktionierung der Politik in Parteien die Reflexion über die Ergebnisse des guten oder des Mehrheitswillens fördern

würde. Aber offensichtlich ist der Ideenwettbewerb hier so konstituiert, dass er mehr zur gegenseitigen Denunziation als zum programmatischen Fortschritt führt. Übersehen wird auch zu leicht, dass die Ideen, die der jeweiligen Politik hinterlegt sind, einen Herrschaftscharakter mit dem Hang zur Ausschließlichkeit haben. Wenn sich der Herrschaftsanspruch der Ideen mit realer Macht über Institutionen und Strukturen koppelt, können sich andere Ideen, die zur Korrektur der jeweils angewandten Politik drängen, nur sehr schwer durchsetzen.

Grundsätzlich ist es auch richtig, dass die Politik oder die Gesellschaft als Ganzes mit einer gewissen Trägheit auf neue konkurrierende Ideen reagiert, weil bei einer ungebremsten Empfänglichkeit der Gesellschaft für alle neuen Ideen es zu einem Chaos kommen könnte (nicht zu einer Anarchie, wie immer wieder geschrieben wird, wenn Chaos oder Gesetzlosigkeit gemeint ist).

5.2 Die Freiwirtschaftsschule hat seit ihrem Bestehen um 1900 immer wieder versucht, ihre Erkenntnisse in die Politik einzubringen. Die SPD reagierte mit Parteiausschlüssen. In der Weimarer Zeit war es vor allem der Kampf gegen die Inflation und die Deflation. In der Nachkriegszeit war es das Projekt *Soziale Marktwirtschaft*, wofür sie sich Anhänger der Freiwirtschaft engagierte. Hier wurden sie von den konventionellen Marktwirtschaftlern (die am Kapitalismus festhalten wollen) aus ihrer eigenen Gründung, der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, verdrängt. Mit Entstehen der grünen Bewegung und der Gründung der grünen Partei waren freiwirtschaftlich motivierte Akteure wieder an der vordersten Front. Sie mussten wieder erleben, wie sie mit unfeinen Mitteln – diesmal von den zentralistisch programmierten Sozialisten unterschiedler Prägung – ausgebootet wurden. Warum? Einfach weil die personelle und finanzielle Basis zu klein war. Warum ist sie so klein? Weil die Sozialwissenschaft ihre Pflicht zum Forschen und die Medien ihre Pflicht zur Information vernachlässigt haben. Das Überwinden der marxistischen Gruppen innerhalb der GRÜNEN und die Positionierung dieser Partei zwischen SPD und FDP ist kein politischer Fortschritt, nur eine Bereicherung des Kartells. Und wenn jetzt die neue Linke in den Bundestag einzieht, dann ist das nur als Kartellerweiterung zu begrüßen, inhaltlich ist es eine Regression, der Versuch, den elenden Etatismus - der Brot, aber keine Würde und Freiheit vermitteln kann – wieder zu beleben.

5.3 Es gibt bei dieser Wahl keine Wahl des wirklichen Fortschrittes, weil es keinen Fortschritt in der Erörterung der gesellschaftlichen Grundlagen gegeben hat. Was bei uns als Reformen verkauft wird, ist in der Regel nur Flickschusterei, die nicht einmal gegen politischen Nieselregen schützt. Der Begriff Soziale Marktwirtschaft wird missbraucht zur Verteidigung von Kapitalinteressen und der Ideologie, daß das zentralverwaltungswirtschaftliche soziale Sicherungssystem etwas mit Solidarität zu tun habe. In einer solchen Situation soll man sich nicht von der Propaganda von der Wahlpflicht beeindrucken lassen. Die Wahl führt hier nur zur Legitimation von politischem Unverstand. TA